

# Graphische Stimmen

Organ des Graphischen Zentralverbandes \* Köln

Christlich-nationale Gewerkschaft für die graphische und papierverarbeitende Industrie

21. Jahrgang

Bezugspreis vierteljährlich 80 Pf.  
monatlich 20 Pf. ohne Bestellgeld

Berlin, den 18. April 1925

Erscheint vierteljährlich Samstags  
Einzelnummer kostet 10 Pfennig

Nummer 8

## Was wir sind!

Millionen Arme reden sich empor,  
Millionen Lippen singen solchen Chor:  
Wir schaffen ruhelos am unser Brot  
und tragen Sorge, daß nicht bleiche Not  
am fargen Lager unserer Kinder wacht.  
Wir sind die Armut und das Durstigein,  
der Staub der Straße und die bange Nacht,  
das Niesen sind wir und die dumpfe Fein.  
Und geben doch der Menschheit Korn und Kleid.  
Wir sind der Gottesglaube und die Zeit,  
der Samenäcker und das Erntefeld,  
die Heimat sind wir und die ganze Welt.

## Wie agitieren wir?

Ohne einen frischen Agitationsgeist wären die gewerkschaftlichen Organisationen niemals zu ihrer heutigen Bedeutung im öffentlichen Leben gekommen. Sich einer behäbigen Ruhe im Gewerkschaftsleben hinzugeben, heißt, die Organisation zu einer verknöcherten Bürokratieeinrichtung zu machen.

Wie agitiert werden muß, davon ist an dieser Stelle schon oft die Rede gewesen. Wir wiesen dabei hin auf die unbedingte Notwendigkeit, alles, was von unseren Mitgliedern in der Agitations- und Organisationsarbeit unternommen wird, nach einem bestimmten, von vornherein festgelegten Plane zu betreiben. Auf diese Weise nämlich spart man nicht nur Zeit und Kraft, sondern man sichert sich auch Erfolge. Dabei liegt die ganze Gewerkschaftstätigkeit in ihrer Eigenart so, daß sie schon aus sich selbst heraus eine gewisse Planmäßigkeit mit sich bringt. Sie appelliert immer wieder an den Verstand, und alles, was sich in erster Linie an den Verstand richtet, will vernünftig aus einandergehen, d. h. also überlegt und nach bestimmter Methode vorgetragen sein. Damit aber hat man schon das wesentlichste Erfolgeergebnis der Planmäßigkeit vor sich.

Indes nicht bloß planmäßig sollen wir bei unserer gewerkschaftlichen Tätigkeit verfahren, sondern auch zweckmäßig. Man kann diese Forderung leicht verständlich dahin umschreiben, daß man sagt, es sei alles gemäß dem Zweck einzurichten, den man verfolgt und zwar so, wie es sich in natürlicher Weise aus diesem Zweck und aus den Verhältnissen, unter denen er zu erfüllen ist, ergibt. Den Zweck der gewerkschaftlichen Tätigkeit, das Ziel gewerkschaftlichen Strebens ist ja die Sammlung Gleichgesinnter zur Erreichung einer besseren Menschheitskultur. Darauf aber ist unser Tun einzustellen. Immerhin erhält man auf diese Weise doch, nur eine recht allgemein gehaltene Verhaltensmaßregel. Daher kommt es außerdem darauf an, zu prüfen, wie die jeweils gegebenen Verhältnisse den uns immer und überall vorschwebenden letzten Zweck unter den besonderen Umständen des gegebenen Augenblicks am besten erreichen lassen. Die Antwort auf diese Frage sagt uns, wie wir unser Verhalten zweckmäßig einrichten können.

Das zweckmäßige Handeln hat manche leicht erlichtliche Vorzüge. Es ist die gerade Linie, d. h. der kürzeste Weg zum Ziele. Insbesondere bei der Agitation verhilft es uns dazu, unsere Kräfte am geeigneten Orte und in der geeigneten Weise zu verwenden. Es ist viel geredet und geschrieben worden von dem sogenannten Taylorsystem, d. h. der wissenschaftlichen Betriebsführung. Der Amerikaner Taylor, nach dem die Sache benannt ist, hat ganz genaue Berechnungen darüber angestellt, wie jeder einzelne Arbeiter in bestimmten Industrien am zweckmäßigsten jede einzelne Handreichung und Bewegung — also nicht eine ganze Arbeit — vornehmen könne, um den größtmöglichen Effekt mit seiner Arbeit, die danach nur mehr ein An-einanderreihen solcher einzelnen Handreichungen ist, zu erzielen. Wir haben hier nicht das betr. System zu beurteilen, worauf es uns ankommt, ist, an einem Vergleich zu zeigen, was wir unter der Forderung zweckmäßigen Arbeitens innerhalb der Gewerkschaftstätigkeit verstehen. Natürlich ist diese Tätigkeit nicht etwas so Mechanisches, daß man jede Einzelheit bis ins kleinste ausstellen und dementsprechend die Rollen verteilen könnte. Im Gegenteil, wir spornen ja immer

wieder zur frischen Initiative an. Aber zuguterletzt kommt es doch auch hier auf die beste Verwendungsart der einzelnen Kräfte an. Jeder muß auch in der Gewerkschaftsarbeit seine bestimmte Rolle haben, so daß das Ganze nach einem bestimmten Plane verlaufen kann und dann auch die Erfolge sichert. Die oft gemachte Wahrnehmung, daß in manchen Zahlstellen sich nur eine einzige Person mit der Verarbeitung unermüdet befaßt, ist keineswegs vorbildlich. Auf die Dauer werden wir nur Erfolge erzielen, wenn alle Mitglieder Hand an Werk legen. Niemand darf sich mit Absicht von der Arbeit für seine Organisation ausschließen. Das gilt insbesondere in den kommenden Wochen, wo für unseren Graphischen Zentralverband eine intensive Verarbeitung entfaltet werden soll.

## Was ausgesprochen werden muß

Das Organ der christlichen Gewerkschaften für die deutsch-sprechenden Arbeiter Belgiens „Neues Leben“ unternimmt eine ernste Betrachtung über den Führerberuf in der Gewerkschaft. Wenn wir diesen beachtenswerten Ausführungen hier Raum geben, denken wir nicht ausschließlich an jene Kollegen, die von der Organisation angezogen sind, sondern auch an solche, die neben ihrer Berufsarbeit ein Vertrauensamt in der Gewerkschaft verwalteten. Auch sie sind Gewerkschaftsführer. Und schon aus diesem Grunde sollten die nachfolgenden Zeilen beachtet werden.

Menschen sind wir alle. Auch die Gewerkschaftsführer. Das Unmögliche können auch die Gewerkschaftsführer nicht möglich machen. Nicht alle Gewerkschaftler begreifen diese Binsenwahrheit. Gewerkschaftsarbeit ist Schwerarbeit, Geduldsarbeit. Auch dafür fehlt vielen Gewerkschaftlern das nötige Verständnis, besonders jenen, die sich selbst an der praktischen Gewerkschaftsarbeit nicht beteiligen. Allerdings, die Kritik ist leicht, aber das Besjernachen schwer.

Ein Teil der Gewerkschaftler lebt in dem Wahne, daß ihnen das Gute stets von selbst in den Schoß falle und das Schlechte hauptsächlich von der Gewerkschaft und ihren Führern heraufbeschworen werde. Besonders die letzteren werden allemal verdammt, wenn nicht alles nach Wunsch der Interessenten geht. Das ist eine recht üble Erfahrungstatsache, die keinem Gewerkschaftsführer unbekannt ist. Darum möchten wir einmal Veranlassung nehmen, unsere Meinung über den Führerberuf in der Gewerkschaft darzulegen. Freilich, nicht jeder, der sich Gewerkschaftsführer nennt, ist ein solcher. In einen Gewerkschaftsführer werden in unserer Zeit in jeder Beziehung die höchsten Anforderungen gestellt. Wer diesen Aufgaben gewachsen ist, hat den Befähigungsnachweis zum Gewerkschaftsführer erbracht. Der wirkliche Führer wächst heraus aus dem Staube der Aufwärtstrebenden. Führer können nur wachsen, nicht aber kann man sie mit Wissen und Können an Schulen oder Kursen züchten. Der Führer muß den unverwundlichen Glauben haben, daß das Gute über das Böse liegen wird, vor allem im Reiche der Volkseele. Denn in Gottes Welt geht keine Kraft, am wenigsten eine sittliche Kraft verloren. Wer zum Führer erwuchs, darf nicht von seinem Lebensfreie fortstreben, um, wie man sagt, etwas Besseres zu werden. Damit würde er entwurzelt aus dem Mutterboden. Ein solcher Führer hat seinen Beruf verfehlt. Der innerlich berufene Führer sucht sein höchstes Ziel darin, Freund, Berater, Vertreter und Erzieher seiner Gefolgschaft zu sein. Je größer und zahlreicher die Erfolge sind, die er erzielt, desto glücklicher ist er. Er fillt als ganzer Mann seinen Platz aus, stets darauf bedacht, keine Forderungen und kein Anliegen, die ihm vorgetragen werden, unbeachtet zu lassen. Die Not der anderen wird ihn stets zu neuer Arbeit anspornen. Der gewissenhafte Gewerkschaftsführer tut stets mehr als seine Pflicht. Darum ist es auch im höchsten Maße ungerade, daß manche Gewerkschaftler immer sofort von „Verrat der Führer“ reden, wenn einmal etwas anders geht, als man gewollt und geglaubt hat.

Das Verhältnis des Führers zu den Mitgliedern muß sich auf Vertrauen und gegenseitiger Treue aufbauen. Der kluge und treue Führer wird immer bestrebt sein, auftretende Gegenstände in gerechter Weise auszugleichen und das Wohl aller zu fördern. Wer den Beruf zum Führer hat, arbeitet auch nach Mög-

lichkeit an seiner eigenen Aus- und Fortbildung. Er wird kein Spielbürger und „Gewerkschaftshönze“. Mancher einer, der zum Führer bestellt wurde, ist mit der Zeit „versumpft“, er war nicht zum Führer berufen. Gewerkschaftsführer werden ist nicht schwer, aber Gewerkschaftsführer sein gar sehr. Geduld muß der Führer mit seinen eigenen Schwächen, aber noch mehr mit den Schwächen seiner Gefolgschaft haben.

Die richtige Einstellung des Gewerkschaftsführers setzt tiefes Verantwortlichkeitsgefühl und Besonnenheit voraus. Wer sich einmal als Führer auf die Bahn drängen läßt, nur so zu reden und zu handeln, wie es die Masse will, der wird bald vom Führer zum Sklaven einer Masse werden. Statt die Masse zu sich emporzuheben, sinkt er zu ihr hinab. Er ist kein Führer mehr, sondern ein von der Masse gehobener Schwächling. Die Gefolgschaft wird vor ihm weniger Achtung und Respekt haben als vor einem aufrechten Führer, der den Mut aufbringt, die Wahrheit zu sagen, selbst wenn sie mitunter einmal nicht gern gehört wird.

Der ehrliche Gewerkschaftsführer wird in den Verhandlungen nicht den „wilden Mann“ spielen und hinter den Kulissen tiefe Bewegungen machen, sondern stets eine geradlinige und sachliche Gewerkschaftsarbeit treiben.

Die Aufgabenstellung ergibt sich von selbst. Man darf nicht blindlings dem ersten besten Schreier zujubeln. Gerade solchen Elementen, die sich durch Wortradikalismus in den Vordergrund drängen, muß man mit doppelter Vorsicht begegnen, ehe man ihnen Vertrauen schenkt und Ämter überträgt. Den bewährten, verantwortungsbewussten Führern muß das nötige Vertrauen entgegengebracht werden. Damit soll gesagt sein, daß der Führerschaft das Recht eingeräumt werden muß, auch Dinge auszusprechen, die unangenehm sind. Wenn sich auf Grund besserer Kenntnis der Zusammenhänge und Notwendigkeiten die Führung genötigt sieht, Maßnahmen zu ergreifen, die nicht gleich allgemein verstanden werden, so darf das kein Anlaß sein, ihr das Vertrauen zu kündigen oder „nach allen Regeln der Kunst“ über die Führung zu schimpfen. Vieles hätte in der Vergangenheit schon anders und besser gemacht werden können, wenn man verantwortungsvollen, weitsichtigen und unparteiischen Führern mehr Gehör geschenkt hätte. Der Weg, den die Gewerkschaftsführer jahraus, jahrein gehen müssen, ist mit Dornen besät. Ihre mühevollen und aufreibende Arbeit wird vielfach verkannt und unterschätzt. Das ist bedauerlich, aber wahr.

Es gibt leider immer noch viele gewohnheitsmäßige Stänker, die stänbig auf der Lauer liegen und jede Scheinbare oder tatsächliche Angriffslücke benutzen, um den Führer mit Gift und Galle zu bespöthen. Es gibt Leute, die durch ihre Hege gegen die Führerschaft bewußt jede positive gewerkschaftliche Arbeit erschweren und lähmen wollen. Damit soll nicht gesagt sein, daß die Tätigkeit der Führer keiner Kritik unterzogen werden dürfe. Der wahre Führer wird sich gern kontrollieren lassen und wird für jede Kritik dankbar sein. Aber man beherzige folgendes:

Das ist klare Kritik von der Welt.  
Wenn neben das, was ihm mißfällt,  
Einer was Eigenes, Besseres stellt.

Darin liegt eben der entscheidende Unterschied, ob Kritik im freundlichen Geiste und in der Absicht, der Sache zu dienen, geübt wird, oder ob Gehässigkeit und Verleumdung die Triebfedern sind.

## Mietstafelne oder Einfamilienhaus?

Es sind neun Jahre her, da im Preuß. Abgeordnetenhaus der Regierungskommissar Dr. Krohne erklärte: „Seit 1900 haben wir einen Geburtenabsturz erlebt, der ganz unerhörte ist, der uns in 12 bis 13 Jahren von 85 Lebendgeburten auf 1000 zunächst auf 28 und nach den neuesten Ziffern sogar auf 27 Geburten in Deutschland zurückgebracht hat! ... Kein Kulturvolk hat bis jetzt in einer so kurzen Zeit einen solchen Absturz erlebt. Für diese Ziffer einer Abnahme von 8 Geburten auf 1000, für ein so rasches Tempo des Abnehmens der Geburtenziffer hat Frank-



mitglied arbeitet oder wenn ein anderes bereits Unterstützung bezieht. Eine gründliche Befragung ist notwendig. Sie kann nur geschaffen werden, wenn jedem Beitragszahler bei Eintritt unversicherteter Arbeitslosigkeit ein Rechtsanspruch auf die Unterstützung gegeben wird. Von allen Arbeitnehmern Beiträge zu fordern, aber nur eine Auswahl Leistungen zu bewilligen, muß Bitterung schaffen. Die Beitragszahlung muß ein Recht auf Leistung begründen, soweit die Voraussetzungen sonst dafür gegeben sind.

**W Deutschland überfordert?** Diese von Wirtschaftlern aller Richtungen so oft unterjochte Frage ist neuerdings wieder Gegenstand eines eifrigen Disputes. Dabei verdient es, festgehalten zu werden, daß über einstimmend geklärt wird, der deutsche Weinatboden könnte beinahe die doppelte Zahl Menschen beschäftigen und ernähren. Eine großzügige Kolonisation müßte dazu unternommen werden. Denn im jetzigen verkleinerten Deutschland besitzen wir immer noch nach vorläufigen schätzungen Berechnungen mindestens 3 bis 3½ Millionen Acker kulturbewürdiges Moor- und Oedland. Diese Fläche entspricht ungefähr dem zehnten Teile unseres gesamten Ackerbaulandes. Die Menschen für eine großzügige landwirtschaftliche Züchtung und Neukultivierung sind auf dem Lande reichlich vorhanden. Durch unglückselige Maßnahmen staatlicher und privater Stellen ist in den letzten Jahrzehnten leider eine große Landflucht großgezogen worden. Interessant ist nämlich, daß es in dem sonst so überfüllten Deutschland weit Gebiete in Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Mecklenburg usw. gibt, die fast eine geringere Bevölkerungsdichtigkeit aufweisen, als Ausland. Die Entwicklung der Bevölkerung in den letzten hundert Jahren ging wie folgt vor sich:

Landbevölkerung	Stadtbevölkerung		Ges.-Bevölk.
	v. H. d. Ges.-Bevölk.	v. H. d. Ges.-Bevölk.	
1816	18,8	6,0	24,8
1871	26,3	14,7	41,0
1890	26,2	23,2	49,4
1910	26,0	38,9	64,9
1916	26,0	42,0	68,0
1919	22,6	37,6	60,2

Noch vor 50 Jahren beschäftigten wir über die Hälfte unserer Bewohner in der Landwirtschaft. Vor dem Kriege waren dagegen in der deutschen Landwirtschaft im Hauptberufe nur noch 5,4 Millionen Männer, im zehnten Alter von 16-50 Jahren sogar nur 3,4 Millionen, tätig, die für fast 70 Millionen Menschen Brot schaffen sollten. Zwar hat die deutsche Wirtschaft seit Jahrzehnten für die wachsende Bevölkerung Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen, aber es muß leider festgestellt werden, daß die überpannte Industriekapazität die Landflucht der gesundheitlich wertvollsten und kulturfähigsten Teile unseres Volkes in ungesunde Großstädte gefördert hat. Die Zusammenballung von großen Menschenmassen in den Städten wurde eine Quelle gesundheitlicher und sittlicher Entartung.

**Alkoholverbrauch der Welt.** Nach den Ergebnissen einer sorgfältigen Statistik über den Alkoholverbrauch der Welt hält Deutschland im Verbrauch spirituosier Getränke — wie Schnaps, Liköre usw. — den Weltrekord. Es verbraucht 500 Millionen Liter pro Jahr. Frankreich mit einer bedeutend niedrigeren Bevölkerungsziffer verbraucht 300 Millionen Liter pro Jahr. Dafür ist es Deutschland allerdings im Verbrauch von Wein, von dem in Deutschland jährlich 350 Millionen Liter getrunken werden, um ein beträchtliches voraus. Die Franzosen trinken nicht weniger als 400 Millionen Liter Wein jährlich. Was den jährlichen Werten an geht, so steht Bayern mit einem Durchschnittsverbrauch von etwa 225 Litern pro Kopf und Jahr an der Spitze aller Nationen. England bringt es auf 158 Liter pro Kopf, Holland auf 207 Liter. Beim Anblick solcher Zahlen könnte man beinahe mit Reid auf das glückliche Amerika schauen, dessen gegenwärtiger Alkoholverbrauch mit einer großen Null in der Statistik figuriert. Daß diese Null dem wahren Sachverhalt in keiner Weise entspricht, weiß allerdings die ganze Welt. Die von den amerikanischen Ärzten aufgestellten „Alkoholrezepte“ wachsen beängstigend. Für den Amerikaner wird Alkohol also zur Medizin. Aber auch sonst gibt es vielfache Liebertretungen des Alkoholverbots, wengleich doch festgestellt werden muß, daß Amerika lange nicht jene Summen für den Alkohol ausgibt, wie das verarmte Deutschland es leider immer noch tut.

**Der Genossenschaftsgedanke.** Genossenschaften sind keine neuen Erfindungen. Zu allen Zeiten waren sie bei den Kulturvölkern anzutreffen. In den letzten Jahrzehnten sind sie besonders in England ein überragender Bestandteil des Wirtschaftslebens geworden. Aber auch in Deutschland breiten sie sich immer mehr aus. Kreditgenossenschaften in Stadt und Land dienen der Beschaffung und Vermittlung billigen Leihgeldes, Handwerker haben sich zusammengetan zwecks gemeinsamen Einkaufs der Rohprodukte und Halbfabrikate, die sie zur Warenherstellung benötigen, aber auch vielfach zwecks gemeinsamen besseren Absatzes ihrer Erzeugnisse, Landwirte beziehen durch ihre Genossenschaften Maschinen, Düngemittel, Saatgut und legen durch sie ihre Landesprodukte ab, Wohnungssuchende bemühen sich, mittels der Baugenossenschaften zu einer Wohnung zu gelangen, Bauarbeiter bzw. ihre Gewerkschaften betreiben Bauproduktionsgenossenschaften, treten durch sie als Bauausführende auf, selbständige Kauf-

leute des Einzelhandels haben in ihren Bezugs-genossenschaften den gemeinsamen Wareneinkauf organisiert und schließlich müssen noch die Verbraucher-genossenschaften erwähnt werden, die aus Arbeitern, Angestellten und Beamten bestehen mit der Zweckbestimmung, den Bezug aller Waren des täglichen Lebens zu vermitteln. Alle Genossenschaften verfolgen den Grundsat gegenüber dieser mit dem Ziele, nach Möglichkeit jeden unbedienten Gewinn auszuscheiden. Tatsächlich gelang das auch zum großen Teil. Vor allem hat sich aber das Genossenschaftswesen auf dem gesamten Produktions- und Handelsmarkt preisregulierend ausgewirkt. Ende 1921 gab es in Deutschland über 52 000 Genossenschaften der verschiedensten Art, das bedeutet gegenüber 1923 eine Zunahme von mehr als 1000. Der Anfang des Jahres 1925 zeigt ein weiteres Ansteigen der Bestandsziffer. Die wirtschaftliche Not des deutschen Volkes drängt verständlicherweise zu solcher Entwicklung. Was dem einzelnen meistens unmöglich ist, das kann er durch genossenschaftlichen Zusammenschluß erreichen. Vor allem breitet sich sehr stark die Konsumgenossenschaftsbewegung aus, was seine Erklärung findet, wenn man die besondere Notlage der arbeitnehmenden Schichten berücksichtigt. Zu ihr zählte man Anfang dieses Jahres nahezu 3000 Unternehmungen.

**25 Jahre Handwerkskammern.** Auf Grund des Handwerkergesetzes vom 20. Juli 1897 wurden in Preußen 33 Handwerkskammern ins Leben gerufen, die ihre Tätigkeit am 1. April 1900 aufnahmen. Die Handwerkskammern als geistliche Vertretungsstellen des Handwerks sind also 25 Jahre alt. Sie umfassen in der Regel das Gebiet eines Regierungsbezirks. Nachdem Preußen mit der Bildung von Handwerkskammern vorangegangen war, folgten auch die anderen Länder. Die Aufgabe der Handwerkskammern besteht in der Überwachung des Lehrlingswesens, in der Erhaltung von Gutachten an die Behörden über sämtliche Fragen des Handwerks, in der Bildung von Prüfungsausschüssen zur Abnahme von Gesellen- und Meisterprüfungen. Die Gesellen sollen in der Kammer durch den sogenannten Gesellenauschuss vertreten sein, der in allen Lehrlings- und Gesellenangelegenheiten zu hören ist. Auf das gewerbliche Schul- und Fortbildungswesen haben die Handwerkskammern stets einen maßgebenden Einfluß genommen. Ob sie sich in dem kommenden Vierteljahrhundert in der jetzigen Form erhalten werden, wird in nicht zu ferner Zeit die Entwicklung lehren müssen.

**Die geplante Unfallversicherungsreform.** Der dem Reichstage und Reichswirtschaftsrat vorliegende Entwurf eines Gesetzes über Änderungen in der Unfallversicherung sieht für einen Teil der Unfallverletzten beachtliche Verbesserungen vor. Es darf dabei aber nicht übersehen werden, daß nur für etwa 18 v. H. aller Unfallverletzten Verbesserungen in Frage kommen. Diese Verbesserungen für die Schwerverletzten mit mehr als 50 v. H. Erwerbsbehinderung sollen nicht etwa von den Berufsgenossenschaften und damit von den Arbeitgebern, sondern auf Kosten der übrigen 82 vom Hundert der Unfallverletzten in der Weise aufgebracht werden, daß gegenüber der Vorriegszeit den Berufsgenossenschaften noch 30 bis 50 Goldmillionen jährlich an Renten erpart werden. Es sollen nämlich alle Unfallrenten bis zu 20 v. H. vollständig in Wegfall kommen. Allen Renten von 20 bis 50 v. H. soll nur der halbe Jahresarbeitsverdienst zugrunde gelegt werden, was praktisch einer Herabsetzung des Rentenanspruchs auf ungefähr die Hälfte gleichkommt. Bei Verlust eines Armes oder Fußes würde mit Monatsrenten von etwa 10 bis 18 Mark zu rechnen sein. Der Entwurf geht von den durch die Geldentwertung geschaffenen Verhältnissen aus und will diese für fünf Sechstel der Unfallverletzten gesetlich verantern. Nur auf Grund dieser Betrachtungsweise kann eine Mehrbelastung der Versicherungsträger gegenüber dem augenblicklichen Zustand durch die vorgesehene Neuregelung herangerechnet werden. Eine solche Betrachtungsweise erscheint aber nicht angängig, da es sich nicht um die Abänderung eines aus der Inflationszeit stammenden Gesetzes handelt. Nachdem bisher solche Grundzüge weder bei den Beamten- und Offizierspensionen, noch Beamtengehältern, ja selbst nicht bei der Frage der Aufwertung arbeitslosen Renteneinkommens angewandt wurden, wird man annehmen dürfen, daß die unglücklichen Opfer der Berufsgefahren der Arbeit vom Reichstage nicht schlechter behandelt werden. Unsere Volkstretreter werden sich den Entwurf genau ansehen müssen, ehe er Gesetz wird.

**Neubildung von Kapital.** Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat in einer Eingabe an die Reichsregierung zur Steuerreform beachtenswerte Darlegungen über die Neubildung von Kapital gebracht. Sozial und wirtschaftlich ist es untragbar, wenn durch die Steuergebung die Kapitalbildung einseitig bei dem größeren Vermögensbesitz bzw. Einkommen erleichtert werden soll. Die Kapitalbildung soll sich aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen nicht in den Händen einiger weniger, sondern auch bei den kleineren und mittleren Einkommensbezieheren vollziehen. Hier kann die Neubildung von Kapital durch erhöhte Spartätigkeit erfolgen. Geseulicherweise hat im letzten Jahre, dank der stabilen Wirtschafts- und Währungsverhältnisse, die Spartätigkeit im deutschen Volke sich gehoben. Ende 1924 verfügten die deutschen Spar-kassen wieder über rund 2 Milliarden Kapital. Auch der Sparverkehr bei der Deutschen Volksbank nimmt

in beachtenswerter Weise an Ausdehnung zu. Im Hinblick auf die allgemein gesteigerte Spartätigkeit und mit Rücksicht auf die vielfache Werbetätigkeit, die allenthalben im Lande beobachtet werden kann, wurde auch von der Deutschen Volksbank an erhöhte Werbearbeit in die Wege geleitet. Den Angestellten der christlichen Gewerkschaften, wie auch den Orts-kartellen, gingen entsprechende Weisungen zu. Eine erhöhte Spartätigkeit hat eingeleitet. Allenthalben wird der Sparverkehr mit der Deutschen Volksbank aufgenommen. Neue Annahmestellen werden errichtet, Einzelsparer aus allen Bevölkerungsschichten, insbesondere aber aus den Reihen des Deutschen Gewerkschaftsbundes zahlen ein. Immer mehr werden auch die Gelder aus den Gewerkschaftskassen der Deutschen Volksbank angeführt. So gewinnt der Sparverkehr bei der Deutschen Volksbank immer größere Bedeutung. Diese Bedeutung aber allüberall in den Kreisen der Anhänger des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Geltung zu bringen, wird die Aufgabe aller Instanzen unserer Bewegung sein müssen.

**Schutz vor Ermüdung.** Vom bayerischen Landes-gewerbeamt Dr. Kovelich in München werden recht beachtenswerte Regeln zum Schutze vor Ermüdung gegeben. Die Arbeit ist das bedeutendste Weisensmerkmal des Lebens. Arbeitsfreude und Arbeitserfolg bilden eine der Grundlagen des Lebensglückes. Regelmäßige Arbeit unter möglichst gleichmäßiger Beanspruchung aller Organe fördert die harmonische Ausbildung des Körpers; langdauernde Ruhe des ganzen Körpers oder längerer Nichtgebrauch einzelner Organe führt zu Verkümmern, Körperliche oder geistige Arbeitsleistung müssen nach Dauer und Schwere der Körper-verfassung (Konstitution) des Arbeitenden angepaßt sein, dürfen vor allem nicht dauernd ganz einseitig bestimmte Organe oder Glieder belasten. Dem arbeitenden Organ bzw. dem Körper muß zeitweise Ruhe und Erholung gewährt werden. Die Natur selbst zeigt die Grenze der Arbeitsleistung durch das Auftreten der „Ermüdung“ an. Im arbeitenden Organ oder Glied sammeln sich Stoffwechselprodukte (Ermüdungsstoffe) an, die durch den Blutstrom abgeschwemmt und im ganzen Körper verschleppt werden. Der Handarbeiter verspürt seine Müdigkeit zuerst im Arm, später im Körper einschließlich des Gehirns und des Nervensystems; der Geistesarbeiter zuerst in den Gehirns- und Nervenfunktionen, später im ganzen Körper. Jede Arbeit sollte solange betrieben werden, bis die „Ermüdung“ einsetzt. Jedermann hat, abgesehen von den volkswirtschaftlichen Interessen, schon aus physiologischen Gründen die Pflicht, aber auch das Recht, auf seinem Arbeitsfeld nur solange zu arbeiten, bis die naturgewollte Ermüdungsgrenze erreicht ist; dann soll er aufhören und ausruhen! Die entsprechende Arbeits- und Ruhezeit kann nicht für alle Menschen und alle Berufe gleich sein; sie ist abhängig von Art und Schwere der Arbeit, wie von der Leistungsfähigkeit (Konstitution) des Arbeitenden. Für den körperlich „mittelschwer“ Arbeitenden kann der Achtstundentag als „Norm“ sehr wohl anerkannt werden. Es gibt aber viele Beschäftigungen, bei denen die achtsündige Arbeitszeit zu sehr ermüdet, andere wieder, wo selbst nach acht Stunden keine richtige Ermüdung erfolgt. Hier können nur besondere Untersuchungen (Ermüdungsstudien) zeigen, wo Verkürzung notwendig oder Verlängerung angängig ist. Soll die Leistungsfähigkeit auf richtiger Höhe gehalten werden, muß dem ermüdeten Körper eine gewisse Erholungszeit gegeben werden; dann erfolgt bald die „Wiederherstellung“; die Arbeitsfähigkeit und -lust stellt sich wieder ein. Dauer und Zeitpunkt der Ruhe bei den verschiedenen Berufen können ebensowenig vereinheitlicht werden wie die Arbeitszeit; jedenfalls brauchen wir einen ausreichenden und ungestörten Nachschlaf, eine genügend lange Erhause, und endlich kurze „Schnaupausen“. Ein wöchentliches Ruhetage (Sonntagsruhe!), sowie ein alljährlicher Urlaub sind weitere arbeitshygienische Notwendigkeiten. Die „Schnaupausen“ sollen mit einigen Minuten Atem- und Fröhübungen bei geöffneten Fenstern oder im Freien verbracht werden; die Erhause mit körperlicher Ruhe; die übrige von Arbeit freie Zeit zunächst mit ausreichendem Schlaf, dann mit Bewegung in frischer Luft, keinen häuslichen Berrichtungen und kulturellen Berrichtungen. Längere Zeit fortgesetzte Heberarbeit, Sonntagsarbeit, Alkoholmißbrauch, langer Aufenthalt in rauchigen Wirtschaften, auch übertriebener Sport, geschlechtliche Ausschweifungen u. a. berinträchtigen die Erholung und begünstigen eine „Übermüdung“. Ermüdung ist ein normaler Vorgang; Übermüdung ein krankhafter Zustand. Die Zeichen der Übermüdung sind, abgesehen von der vorzeitig verminderten Arbeitsfähigkeit — allgemeine Störungen des Herzens, des Blutes und der Blutgefäße, Nervenschwäche (Neuralgie) u. a., oder örtliche Krankheitserscheinungen an Knochen und Gelenken, an einzelnen Nerven, an den Sinnesorganen u. dgl. m. Der Schutz vor Ermüdung hat eine tiefgreifende Bedeutung für die Leistungsfähigkeit des Einzelnen wie für das gesamte Wirtschaftsleben.

**Aus dem Gewerbe**

**Die Wählerrechnung nach dem Kriege.** Eine in Fern erscheinende Zeitschrift gab kürzlich eine für Bergleite interessante Uebersicht der literarischen Pro-

buktion in den europäischen Staaten mit Einschluß von Amerika) in den Jahren 1921 und 1922. Danach ergibt sich, daß trotz der Inflationszeit, die auf Deutschland einen lähmenden Einfluß hatte, die literarische Produktion des Deutschen Reichs trotzdem dreimal so groß war, wie diejenige Englands. Wie die Deutsche Bücherei berichtet, kamen im Jahre 1921 33 291 und 1922 31 782 Bücher und Serien auf den Markt. Der Rückgang der englischen Produktion wird auf eine wachsende Nachfrage nach amerikanischen Büchern zurückgeführt. Frankreichs literarische Tätigkeit hat sich seit Kriegsende dauernd verbessert. Auch in Italien, Norwegen und Holland zeigt sich eine stetig aufsteigende Linie, in Dänemark dagegen eine absteigende. Holland hat schon 1922 den Stand von 1913 um 9 Prozent überstiegen. Auch die Schweiz und die Vereinigten Staaten zeigen eine Zunahme der literarischen Produktion. Eine bedeutende Abnahme war in Ungarn und vor allem in der Tschechoslowakei zu verzeichnen. Innerhalb des deutschen Verlagsbuchhandels scheint man mit der außerordentlich regen Bücherproduktion aus Gründen, die eine Preisbildung betreffen, nicht so recht einverstanden zu sein. Der Vorsitzende des Deutschen Verlegervereins, Dr. Kipper, der auch im Deutschen Buchdrucker-Berein bis vor kurzem eine hervorragende Rolle spielte, schrieb in Nr. 64 des „Börsenblattes für den Deutschen Buchhandel“ u. a.: „Wie soll denn auch ein Gewerbe zu einer vernünftigen Preisberechnung kommen, in dem eine so unantastbare wahren Ueberproduktion herrscht, wie im deutschen Verlagsbuchhandel, der doppelt so viel Bücher produziert wie England und Amerika zusammengekommen für die ganze angefähliche Welt, und, wie wir vor kurzem der Leiter unserer Deutschen Bücherei mitteilte, im Durchschnitt täglich zehn neue Zeitschriften hervorbringt.“ Selbst wenn die Preisberechnung im Verlagsbuchhandel nicht betrieblig, sollte dies kein Grund sein, die lebhafteste Büchererzeugung usw. zu beklagen. Man zäume das Pferd ja nicht beim Schwanz auf.

**Von den deutschen Zeitungen.** Der Verlag Woffe hat kürzlich einen Zeitungskatalog herausgegeben, den Hans Langinger, Mitglied des Instituts für Zeitungsforschung von der Universität München, zum Gegenstand einer längeren statistischen Betrachtung im „Zeitungs-Vierteljahr“ gemacht hat. Der Ansicht des Verfassers, daß dieser Katalog eine Gesamtübersicht über den deutschen Blätterwald ermögliche, widerspricht die Redaktion des „Zeitungs-Vierteljahr“ insofern, als sie bemerkt, daß diese Uebersicht keineswegs als auch nur annähernd vollständig angesehen werden dürfe. Die Zahl der in Deutschland erscheinenden Zeitungen beträgt 3152. Auf den Freistaat Preußen entfallen hiervon 1772. 1834 Zeitungen erscheinen wöchentlich sechsmal, 114 siebenmal, 58 öfter als siebenmal, 177 einmal, 275 zweimal, 606 dreimal, 80 viermal und 7 fünfmal. Bereits 1906 erschienen 61,5 Prozent aller Zeitungen drei- bis sechsmal wöchentlich. 1914 war die Zahl der Kleinzeitungen noch weiter zurückgegangen; dieser Rückgang hielt auch in den Nachkriegsjahren an. Von Schlesien wird gesagt, daß es das typische Land der Kleinzeitungen sei. Von den dort erscheinenden 261 Zeitungen sind 164 ein- bis dreimal erscheinende Blätter. Die meisten Großzeitungen erscheinen in der Rheinprovinz; es folgen Westfalen und Berlin. Die höchste Erscheinungszahl ist wöchentlich 19mal. Berlin besitzt 101 Zeitungen, dann folgen Breslau mit 19, Hamburg mit 18, München mit 14, Frankfurt a. M. mit 14, Leipzig mit 13 und Köln mit 11 usw. Der Parteirichtung nach erscheinen unter anderem 284 Zentrumszeitungen, 166 demokratische, 142 sozialdemokratische, 392 nationale, 96 bayerisch-vollsparteiliche, 141 wirtschaftliche, 188 amtliche, 48 deutsch-vollsparteiliche, 20 kommunistische, 1635 parteilose Zeitungen usw. Zum Schluß wird ausgeführt, daß aus der ziffernmäßigen Aufstellung zwar hervorgehe, daß die Zahl der parteilosen Blätter eher gestiegen sei, man müsse sich aber doch davor hüten, den Schluß zu ziehen, als ob die nichtpolitische Presse zugenommen bzw. gleichgeblieben sei. Tatsächlich hätten sich doch starke innere Wandlungen vollzogen und auch die Zeitungen, die sich heute als parteilos bezeichnen oder jede Angabe der Parteirichtung unterlassen, zeigten heute im Gegensatz zur Vorkriegszeit eine ausgesprochene Parteifarbe. Von der sozialdemokratischen Presse wird noch gesagt, daß sie seit 1898 ein langjames Steigen anweise und daß sie sich seit 1917 um fast die Hälfte vermehrt habe.

### Gewerkschafts-Rundschau

**Deutsche Lebensversicherung, Gemeinnützige Aktiengesellschaft.** Die Deutsche Volksversicherung A.-G. hielt am 24. März unter Vorsitz ihres Aufsichtsratsvorsitzenden Stegerwald eine außerordentliche Generalversammlung ab, die zu der Aenderung ihres bisherigen Namens Stellung nahm. Sie folgte damit einem Wunsche ihrer zahlreichen Vertreter, die recht häufig Schwierigkeiten mit dem Namen „Volksversicherung“ zu überwinden hatten. Das mag manchem von uns wunderbar erscheinen, und doch ist es so.

Man kann auch, wenn man die näheren Umstände kennt, dafür Verständnis finden. Unter „Volksversicherung“ versteht man nämlich die ganz kleinen Versicherungen. Auch im Versicherungsgesetz ist für diese die genannte Bezeichnung gewählt. Während man bei der Gründung der Deutschen Volksversicherung A.-G. im Jahre 1913 mit dem gewählten Namen eine Versicherung für das deutsche Volk bezeichnen wollte, verstand das außerhalb der gewerkschaftlichen Kreise liegende Publikum darunter lediglich eine Versicherungsgesellschaft, die nur ganz kleine Versicherungen abschließt. Die Deutsche Volksversicherung will aber mehr sein, und sie kann sich nicht auf nur kleine Versicherungen beschränken. Zwar wurde bei der Gründung eine Versicherungsgesellschaft nach oben von 2000 M. festgelegt, aber damit ist auch längst gebrochen, wie auch manches andere sich geändert hat. Ursprünglich waren bekanntlich in der Hauptsache die Aktionäre eine große Anzahl privater Lebensversicherungsgesellschaften, heute gehört das Aktienkapital bis auf einen geringen Betrag unseren Arbeitern, Angestellten und sonstigen Berufsorganisationen. Die Deutsche Volksversicherung hat keine Begrenzung ihrer Versicherungssumme mehr, sondern schließt Lebensversicherungen in jeder Höhe ab. Um den auftretenden Hindernissen in der Entwicklung zu begegnen, trat die Generalversammlung dem Wunsch auf Firmenänderung bei. Es wurde einstimmig der Name „Deutsche Lebensversicherung, Gemeinnützige Aktiengesellschaft“ gewählt. Mit dieser Namenswahl tritt kein neuer Abschnitt in der Entwicklung der Deutschen Volksversicherung A.-G. ein. Sie wird ihre Tätigkeit wie bisher weiterführen. Die Aenderung ist lediglich eine Anpassung an ein praktisches Bedürfnis. Außerdem ist nunmehr ihr grundsätzlicher Charakter der Gemeinnützigkeit auch deutlich im Titel zum Ausdruck gebracht. Die nunmehrige Deutsche Lebensversicherung Gemeinnützige Aktiengesellschaft hat im vergangenen Jahre eine gute Entwicklung genommen. Rund 35 000 neue Versicherungen kamen zum Abschluß, und gegenwärtig werden monatlich 5000 neue Versicherungen beantragt. Mit Sicherheit ist eine weitere Steigerung zu erwarten. Das Vertrauen, daß sich unsere Versicherung seit ihrer Gründung im Jahre 1913 erworben, beruht auf einer guten Grundlage. Die Deutsche Lebensversicherung Gemeinnützige Aktiengesellschaft gehört zu den ganz wenigen Gesellschaften, die nicht von der Inflation verschlungen worden sind, sondern hat ihre alte Selbständigkeit bewahrt. Auch ihre Schwesterorganisation, die Deutsche Feuerversicherung A.-G. (mit der Deutschen Lebensversicherung Gemeinnützige Aktiengesellschaft im Deutschen Versicherungskongress vereinigt) befindet sich in gutem Aufschwung. Sie hat auch die Versicherung gegen Unfall und Haftpflicht aufgenommen. Es darf wohl als selbstverständlich angenommen werden, daß unsere gewerkschaftlichen Kreise ihren auftretenden Versicherungsschutz bei unseren eigenen Unternehmungen suchen und damit zu deren weiteren Stärkung beitragen.

**Klub der Interessierten.** Wenn der Deutsche jemanden trifft, dessen Anzug dem seinigen ähnlich ist, so nennt er das einen Klub. Eines aber war bisher beipassend, daß sich Menschen zur Wahrung des Desinteresse an ihren eigenen Stand zusammenschließen. Selbst dem sonst sehr leichtgläubigen Spießbürger mag das ein wenig über die Lauschnur gehen. Aber wenn er sich etwas Zeit nimmt und beispielsweise das „Kostoder „Deutsche Tageblatt“ nachliest, wird er das bestatigen finden. Dort wird gesagt, daß sich im Siemens-Kongress eine „Deutsche Arbeitsgemeinschaft“ der nicht gewerkschaftlich organisierten mit einem eigenen Vorstand gebildet hat, der alle Arbeiter und Angestellten umfaßt, „die da glauben und wissen, daß nur der Mittler zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber Produktiv schafft“. Das ist wirklich ein löstlicher Witz, der die soziale Frage mit einem Schläge löst. Vielleicht hätte man sich treffender als Vereinigung willensloser Wirtschaftspazifisten etabliert, da eine Gemeinschaft nur in dem begehnten und anerkannten Gleichgewicht wechselseitiger Stärke beruht. Oder glauben diese Leute wirklich, daß ihre unterwürfigen Ergebenheitsgestammel den kraft organisierten Unternehmern auch nur den geringsten Respekt einzuführen vermöchte? Ein bejammernswerter Spielball bleiben sie in der Hand reaktionärer Arbeitgeber. Was sagt zu seinem neuesten Spröß der Gelbenführer Geisler, der vor einiger Zeit an seine Eigenbahnmittler, die er nicht hat, einen Aufruf ertieß, und damit aufs neue bestatigte, daß er alle Unorganisierte als geborene Mitglieder seiner „Verbände“ betrachtet. Wer aber zählt ihm für alle diese „Mitglieder“ die Beiträge, die er für seine umfangreichen Ausgaben notwendig hat? Mit dem Worte „Gemeinschaft“ wird wahrhaftig in der letzten Zeit mehr Schindluder getrieben, als vor Jahren mit der Bezeichnung „Gewerkschaft“, obwohl es auch schon damals hoch herging.

**Todeserklärung Kriegsverschollener.** Mit Wirkung vom 1. März 1925 ist ein neues Gesetz über die Todeserklärung Kriegsverschollener in Kraft getreten. Die wesentlichsten Bestimmungen desselben lauten: Als Todeszeit ist der 10. Januar 1920 anzunehmen. Wird ein rechtliches Interesse an der Annahme einer anderen Todeszeit glaubhaft gemacht, so ist der Zeitpunkt, in dem der Antrag auf Todes-

erklärung zulässig geworden ist, oder, wenn der Verschollene seit einem besonderen Kriegseignisse (einem Gefecht, einer Sprengung, einem Schiffsunfall oder dergleichen), an dem er beteiligt war, vermißt wird, der Zeitpunkt der Ereignisse als Zeitpunkt des Todes anzunehmen, sofern nicht die Ermittlung eine andere Annahme rechtfertigt. Solange nicht die Todeserklärung erfolgt ist, wird das Fortleben des Verschollenen bis zum 10. Januar 1920 oder bis zu dem Zeitpunkt vermutet, der in Ermangelung eines anderen Ergebnisses der Ermittlung als Zeitpunkt des Todes anzunehmen ist. Ist in einem nach den Vorschriften dieser Verordnung erlassenen Ausschlußurteile der Zeitpunkt des Todes festgelegt, so hat das Gericht die Feststellung auf Antrag zu berichtigen, wenn ein rechtliches Interesse an der Annahme einer anderen Todeszeit glaubhaft gemacht wird. Ist der Zeitpunkt des Todes unrichtig festgestellt, so kann die Berichtigung auch von Amts wegen erfolgen. Anfechtungsklage findet nicht statt. Ein vor dem Inkrafttreten bereits eingeleiteter Aufgebotsverfahren ist nach den bisherigen Vorschriften zu erledigen, es sei denn, daß sich der Antragsteller auf die Vorschriften dieses Gesetzes beruft.

### Berichte aus unseren Zahlstellen

**Coesfeld.** Eine gut besuchte Versammlung hatten wir am 30. März. Um 7 Uhr wurde sie vom Kollegen Dumppohl eröffnet. Nach Erledigung verschiedener organisatorischer Fragen hielt unser Bezirksleiter Kollege Lembügler (Reheim) einen lehrreichen Vortrag. Da das Lohnabkommen und die Arbeitszeitregelung mit der Tütenfabrik Fischer unsererseits zum 31. März gekündigt worden waren, sollten am anderen Tage Lohnverhandlungen mit der Firma stattfinden. Kollege Lembügler gab unsere Forderungen bekannt. Um einmal geordnete Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu bekommen, ist der Wirtschaftsvertrag (Api-Vertrag) für uns gefordert worden. Die Kollegen sprachen sich dahin aus, fest hinter unseren Unterhändlern zu stehen, komme was wolle. Nach zweistündiger Dauer wurde die Versammlung geschlossen. Die Verhandlung mit der Firma am anderen Tage ergab folgendes: Das derzeitige Verhältnis bleibt bis zum 3. April bestehen. Ab Samstag, den 4. April, erkennt die Firma den Api-Wirtschaftsvertrag für sich als bindend an, jedoch mit einigen Abänderungen, die den örtlichen Verhältnissen entsprechen. Mit dieser Regelung können wir vorerst zufrieden sein. Es gilt nun, weiter zur Stärkung des Verbandes beizutragen, denn nur eine geschlossene Arbeiterschaft kann etwas erreichen.

**Meißebe.** Unsere Versammlung am 29. März war von allen Mitgliedern des Graphischen Zentralverbandes und des Gutenberg-Bundes besucht. Um 10.30 Uhr morgens eröffnete Kollege Pöppel die Versammlung mit herzlichen Begrüßungsworten an die Erschienenen. Nach Verlesung des Protokolls der letzten Versammlung wurde vom Vorsitzenden der Bericht von der Bezirkskonferenz des Graphischen Zentralverbandes in Reheim erstattet. Sodann hielt Kollege Lembügler (Reheim) einen sehr interessanten Vortrag über die Frage: „Warum organisieren wir uns christlich?“ Kollege Lembügler hatte es meisterhaft verstanden, die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung aus den Jahren 1848-1849 die spätere Entwicklung der Arbeiterbewegung und den heutigen Stand derselben gut zusammenzufassen. Den Versammlungsteilnehmern war es am Schluß des Vortrages klar, daß für einen christlich denkenden Arbeiter nur eine christliche Gewerkschaft in Frage kommen kann. Aufgabe aller christlichen Gewerkschaftler muß es sein, diejenigen, die innerlich auf unserem Boden stehen, aber noch bei den sozialistischen Gewerkschaften sind, zu uns herüberzuführen. Die Menschenfurcht, die hierzulande vielfach in Betracht kommt, muß endlich verdrückt werden! Dem Kollegen Lembügler wurde für seine Ausführungen allgemeiner Dank zu teil. Beschlossen wurde sodann, den im Laufe des Frühjahrs geplanten gemeinsamen Ausflug der Mitglieder aus Arnberg, Reheim und Meißebe nach Schloß Berdringen, mit Beistimmung der dortigen Schloßbibliothek, mitzumachen.

### Graphischer Zentralverband Rdn a. Rh.

Geschäftsstelle: Bentzenwall 9, Fernspr. Rheinland 2686  
Vorsitzender: Rdn 15171

**Versammlungen vom 1. Vierteljahr** gingen ein bis zum 11. April: Uplstadt, Kempen, Reichebe, Coesfeld, Bielefeld, Warendorf, Kaufbeuren, St. Ingbert, Pirmasens, Bishofsweber, Lauscha, Gumbinnen, Jena, Wörsch, Danzig, Landeshut, Neustadt, Schiefel, Eberswalde.  
**Geleit** landeten ein: Reheim, Recklar, Regensburg, München, Dierdorf, Wingen, Nierloch, Uplstadt, Wörsch, Reichebe, St. Ingbert, Rdn, Wieren, Eisen, Bielefeld, Warendorf, Landeshut, Neustadt, Schiefel, Bonn 1, Neuruppin, Nierloch, Donauwörth, Gumbinnen, Lauscha, Kempen, Bishofsweber, Jena, Bonn 11, Barmen, Kaufbeuren, Pirmasens, Danzig, Eberswalde, Berlin.  
**Wir bitten dringend, die Versammlungen vom 1. Vierteljahr** schneidens einzulassen.